

Sozialismus.de

Heft 2-2026 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Garnet Alps/Carsten Maaß,
Uwe Stoffregen: Beteiligung
Ulrike Eifler/Mark Ellmann:
Internationalismus

Beiträge u.a. von
Klaus Dörre, Florian Weis,
Göran Therborn, Jörg Deml,
Joachim Bischoff, Christoph
Lieber, Bernhard Sander,
Claus-Jürgen Göpfert



It's not snow.
It's cocaine.

Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die
Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website
www.Sozialismus.de, mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend
Unterstützung, also neue Abonnent*innen und **Spenden**.
Beides ist auf der Website möglich.
Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

In Davos blieb die große Disruption aus

Der Auftritt von Trump bei der Welt-
elite auf dem diesjährigen World
Economic Forum sprengte jedweden
Rahmen. Alle drängelten sich, um
die Rede des Präsidenten des »hei-
ßesten Landes der Welt« zu hören,
der in seinem bekannten assoziati-
ven Stil über sich, die US-Wirtschaft,
Venezuela, die NATO, Grönland und
Europa sprach. [...]

Die Superreichen und der Klimawandel

Das Jahr 2025 war nach Daten des
EU-Klimadienstes Copernicus das
drittwärmste seit Beginn der Wetter-
aufzeichnungen. Den Daten zufolge
ist es 2025 mit einer globalen Durch-
schnittstemperatur von 14,97 Grad
Celsius nur geringfügig kühler ge-
wesen als in den Rekordjahren 2024
und 2023. [...]

Stürzt das Mullah-Regime in Iran?

Bereits im Jahr 2022 hatte der Tod
der 22-jährigen Kurdin Jina Mah-
sa Amini Proteste und die Bewegung
»Frau, Leben, Freiheit« ausgelöst.
Diesmal haben die Demonstrationen
eine weitaus größere Dimension. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Den Rechtstrend stoppen

Klaus Dörre: Perspektivwechsel in der »Faschisierungs«-Debatte
Progressive Arbeiter*innen haben eine bessere Gesellschaft im Blick 2

Redaktion Sozialismus.de: Erbschaftssteuer – Linkswende der SPD?
Grundlegende Reformen des Postwachstumskapitalismus
müssen weiter gefasst werden 8

Joachim Bischoff/Jörg Deml: »Zerstörungslust« & erschwingliche Lebensführung
Zum neuen Buch von Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey 13

Florian Weis: Das Ende des Konservatismus?
Britische und internationale Tendenzen 18

Der Untergang des Westens?

Joachim Bischoff: Das Ende einer Ära: Trumps neue Weltordnung
Dreiste Rechtsbrüche begleiten das Handeln seiner Administration 22

Bernhard Sander: Französische Spaltung
Kommunalwahlen im März als Sprungbrett in den Elysée-Palast? 30

Forum Gewerkschaften

Garnet Alps/Carsten Maaß/Uwe Stoffregen:
Kommunikation, Beteiligung und gemeinsames Handeln
Gewerkschaftliche Praxis im Betrieb 36

Kolleg*innen des Forum Gewerkschaften:
Ruhe war nicht ihr Ding
Lilo Rademacher 16.10.1948 – 2.1.2026 42

Ulrike Eifler/Mark Ellmann:
Für eine internationalistische Haltung unserer Gewerkschaften 44

Erbschaften von Marx und Engels

Göran Therborn: Wissenschaft in der Welt der Klassengesellschaften
Historischer Materialismus und Sozialwissenschaften heute 48

Christoph Lieber: Das Marx-Engelssche Erbe mit Walter Benjamin aktualisieren
Zu Joachim Bischoff: »Ende oder Renaissance sozialistischer Utopien?« 54

Ein Rettungsversuch

Claus-Jürgen Göpfert: »Frankfurt ohne Club Voltaire? Des gehd ned!«
Einer Keimzelle der Revolte droht nach bald 65 Jahren das Aus 60

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 43

Veranstaltungshinweise 64

G.A. Beckmann: »Eddington« (Filmkritik) 65

Perspektivwechsel in der »Faschisierung«-Debatte

Progressive Arbeiter*innen haben eine bessere Gesellschaft im Blick

von ■ Klaus Dörre



Illustration von Linda Wölfel aus einer Kampagne der ver.di-Jugend

Der gesellschaftliche und politische Rechtsruck, den wir gegenwärtig erleben, verläuft keineswegs geradlinig; es gibt Gegenbewegungen, Widerständigkeit, Kampf und demokratisches Aufbegehren. Unübersehbar ist jedoch auch: Das Wiedererstarken von Die Linke beruht auf einem Umverteilungseffekt innerhalb des linken Lagers. Neben dem Generationenwandel haben die Erosion der Sozialdemokratie und die Schwäche der Grünen Chancen für die eine Linkspartei geschaffen, die sich dem Rechtsruck entschlossen widersetzt. Das ändert aber nichts daran, dass die Parteien mitte-links ihre Mehrheitsfähigkeit verloren haben.

Zugleich ist die AfD zu einem stabilen Faktor im politischen System ge-

worden. Im Osten ist sie Volkspartei, inzwischen aber auch im Westen flächendeckend in allen Regionen, Klassen und Schichten präsent. Sie punktet selbst in migrantischen Milieus und steht im Osten an der Schwelle zur Mehrheitsfähigkeit. Die Partei und ihre Vorfeldorganisationen prägen Welt-sichten und Gesellschaftsbilder. Besonders schmerzlich ist, dass die AfD bei der Bundestagswahl 2025 mit 38% der Stimmen erneut zur stärksten Partei in der Arbeiterschaft geworden ist.¹ Unter Produktionsarbeiter*innen ist sie besonders stark, während nicht nur die Parteien mitte-links und mitte-rechts in dieser Großgruppe, die je nach Zählweise noch immer zwischen sieben und acht Millionen Erwerbstätige umfasst,

immer schwächer geworden sind. Organisierende Klassenpartei zu sein, ist für Die Linke mit Blick auf die Industriearbeiterschaft ein hehrer Anspruch, der vorerst uneingelöst bleibt.

Für einen Perspektivwechsel: progressive Arbeiter*innen

Wie ist zu erklären, dass eine programmatisch marktradikale Partei wie die AfD² in der Arbeiterschaft derart punktet, dass sie diese Großgruppe in ihrer Wahlkampfstrategie bereits zur sicheren Stammwählerschaft zählt? Was können Gewerkschaften, gesellschaftliche und politische Linke dem entgegensetzen? Aus meiner Sicht wird es kurzfristig kaum gelingen, Stammwähler*innen

der AfD in großem Ausmaß zurückzugewinnen. Für die absehbare Zukunft muss es vor allem darum gehen, das demokratische Lager halbwegs zu stabilisieren und dafür zu sorgen, dass nicht immer mehr Menschen nach rechts außen driften. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste zweierlei geschehen. *Erstens* gilt es, genauer zu verstehen, was Teile der Arbeiterschaft in die ausgebreiteten Arme der radikalen Rechten treibt. *Zweitens* ist jedoch ein Perspektivwechsel nötig. Statt ausschließlich über die extreme Rechte zu sprechen, muss es darum gehen, denjenigen zu einer öffentlichen Stimme zu verhelfen, die sich dem Rechtsruck entschlossen widersetzen. So wichtig es ist, dem Agieren von AfD und Vorfeldorganisationen in der Arbeitswelt Aufmerksamkeit zu widmen, so wenig darf aus dem Blick geraten, dass 62% der Arbeiter*innen eben *nicht* extrem rechts gewählt haben.³

Um den Blickwinkel zu korrigieren, möchte ich auf ein Phänomen hinweisen, das in den öffentlichen Debatten nicht mehr vorkommt: progressive Arbeiter*innen, die den gesellschaftlichen Umbau mit der Vision einer besseren Gesellschaft für alle verbinden. Ich greife dabei auf Forschungen zurück, die wir gegenwärtig u.a. in der Auto- und Zulieferindustrie Südwestsachsens und Nordhessens durchführen.⁴ Eines der eindrucksvollsten Interviews war das mit einem Betriebsratsvorsitzenden eines Zulieferbetriebs, nennen wir ihn Wolfgang, der seinen persönlichen Werdegang wie folgt beschreibt: Kein Schulabschluss, nach der Wende jahrelang arbeitslos. Dann Leih- und Gelegenheitsarbeiter in verschiedenen Werken, auf Montage, mit Helfertätigkeiten betraut. Im Betrieb, in welchem er nun seit zehn Jahren angestellt ist, hat er als Leiharbeiter angefangen. Oberflächlich betrachtet herrscht im Werk ein jovialer Umgangston. Man duzt die Vorgesetzten. Laut »Unternehmensphilosophie« sind alle ein Team und ziehen an einem Strang. Doch wenn es ums Geschäft geht, ändert sich der Ton: »Der Profit ist das oberste Unternehmensziel und dafür wird halt gearbeitet, bis die Schwarte kracht. Die Erfahrung haben hier alle«.

Zunächst gab es im Werk keinen Betriebsrat, bis heute existiert kein Tarif-

vertrag. Der Einstiegslohn liegt bei 14,69 Euro brutto die Stunde knapp über Mindestlohn. Die Behandlung als Leiharbeitskraft und Mensch »zweiter Klasse« motivierten den Befragten dazu, sich einer Initiative für eine Betriebsratsgründung anzuschließen. Die Wahl musste heimlich vorbereitet werden, um nicht vorzeitigen Widerstand seitens Geschäftsleitung und Eigentümerfamilie auszulösen. Das ist gelungen. Wolfgang ist jetzt freigestellter Betriebsratsvorsitzender, seine Tätigkeit hat sich grundlegend verändert, er verdient jedoch noch immer den Einstiegslohn. Politisch positioniert er sich eindeutig, wählt Die Linke, versteht sich als Antifaschist. Die AfD bezeichnet er als »klar« faschistisch. Im Werk hält er sich jedoch mit politischen Positionierungen zurück: »Ich spreche nicht drüber. Das bringt nichts. Das ist ja genau das Problem, das man immer wieder hat. [...] Ich bin grundsätzlich dafür, dass man über Probleme spricht. Auch wenn jetzt jemand eine andere Partei wählt. Aber man kommt gegen Narrative, die in sich selbst geschlossen sind und man mit Fakten nicht argumentieren kann, nicht an. Das ist nichts für mich. Das kann ich nicht.«

Linke Betriebsräte, rechte Belegschaften?

Der zitierte Betriebsrat macht auf etwas aufmerksam, was wir nicht nur im Raum Chemnitz, Zwickau und dem Erzgebirge finden. Der Rechtsruck macht vor den Betriebstoren nicht halt. Vielmehr zeigt sich, dass radikal rechte Orientierungen selbst im gewerkschaftlich aktiven Kern der Arbeiterschaft präsent sind. Wir haben in allen untersuchten Betriebsratsgremien Mandatsträger*innen gefunden, die im Werk gute Gewerkschafter*innen und Interessenvertreter*in sein mögen, bei Wahlen jedoch ihr Kreuz bei der AfD machen. Das gilt selbst für Betriebe mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von über 90%, deren Belegschaften bei jedem Warnstreik geschlossen vorm Werkstor stehen. Umgekehrt lässt sich aber auch feststellen: Selbst Belegschaften, in denen die AfD hegemonial sein mag, wählen gegebenenfalls linke Betriebsrät*innen, wenn sie

überzeugt sind, dass es sich um authentische Persönlichkeiten handelt, die sich entschlossen für ihre Belange einsetzen. Betriebe und Büros sind offenbar Arenen, in denen sich Arbeitende begegnen, die zu völlig unterschiedlichen politischen Lagern gehören.

Klaus Dörre ist Professor im Ruhestand am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, inzwischen Gastprofessor am Kassel Institut for Sustainability der Universität Kassel. Bei diesem Beitrag handelt es sich um die ausgearbeitete Fassung von Statements, die der Autor zum Auftakt der Programmdiskussion von Die Linke vorgetragen hat. Die Podiumsdiskussion wurde aufgezeichnet unter www.youtube.com/watch?v=t9RdLGOMHds.

¹ Infratest dimap (2025): Bundestagswahl. Wahlverhalten nach Bevölkerungsgruppen. www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/wahlverhalten-bevoelkerungsgruppen-umfragen-bundestagswahl-2025-100.html. Die Arbeiter-Kategorie wird in demoskopischen Umfragen höchst unpräzise genutzt. Erhoben werden Einkommensklassen und/oder beruflicher Status und Selbstverortungen. Nach unserem Klassenmodell ist die Konventionelle Arbeiterklasse mit 38,8% noch immer die relative Mehrheitsklasse. Die Industriearbeiterschaft ist darin eine zwar schrumpfende, zahlenmäßig aber noch immer relevante Klassenfraktion. Vgl: Butting, Oskar/Dörre, Klaus/Fülöp, Nora (2025): Klasse, Klima, Konflikt. Gesellschafts- und Naturbewusstsein in der Transformation. In: Dörre, Klaus u.a. (Hrsg.): Umkämpfte Transformation. Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel. Frankfurt am Main: Campus, S. 41–100, hier: S. 47.

² So verspricht die Partei in ihren Kernforderungen zur Bundestagswahl einerseits eine »Rückkehr zu den Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft mit einem klaren Fokus auf die Förderung von Mittelstand, Unternehmertum und Innovation«, Steuerensenkungen und Beschneidung des Bürgergelds. Andererseits plädiert sie für eine »schrittweise Erhöhung des Rentenniveaus«, eine zukunftssichere Infrastruktur und die »bessere Honorierung medizinischer Berufe« sowie den »Ausbau der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum«, ohne zu erklären, wie das finanzierbar ist, wenn der Staat die »Schuldenbremse konsequent einhalten« soll. Vgl.: AfD (2025), »Kernforderungen AfD-Wahlprogramm 2025«, 23.1.2025, o.O.

³ Arbeiter*innen üben sich überdurchschnittlich häufig in Wahlenthaltungen; in erheblichen Teilen dürfen sie nicht wählen, weil sie keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

⁴ Die Untersuchung, die seit Winter 2024 läuft, wird in Kooperation mit dem Projektträger ITAS (Marcus Galle, Peter Cremer) durchgeführt. Zu ersten Ergebnissen und den beteiligten Wissenschaftler*innen siehe: Dörre, Klaus/Michaelis, Lennart (2026): »Nichts ist sicher! Beschäftigtenperspektiven auf die Transformation in der Automobilwirtschaft – Untersuchung in einem Zulieferunternehmen in Südwestsachsen«. Broschüre o.O. (Chemnitz/Zwickau). An der noch laufenden Untersuchung (gegenwärtig n = 75) sind zusätzlich Studierende der Lehrforschung »Emanzipation und Transformation«/Uni Kassel beteiligt. Hier präsentierte Auszüge aus den geführten Interviews habe ich sprachlich geglättet und so verfremdet, dass die Befragten anonym bleiben.

In der Mitte, pro AfD

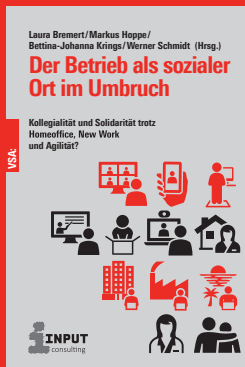
Wie ist nun zu erklären, dass es selbst ausgesprochen linke, engagierte Betriebsräte wie Wolfgang vermeiden, sich in der betrieblichen Öffentlichkeit offen gegen die AfD zu positionieren? Betrachten wir als kontrastierendes Beispiel Werner, ebenfalls Arbeiter bei einem Zulieferer, in welchem es im Unterschied zum erstgenannten Werk einen von der Geschäftsführung akzeptierten Betriebsrat und einen Tarifvertrag gibt. Werner hätte allen Grund, sich gegen die marktradikale AfD zu stellen. Mit seinem Lohn kommen er und seine Familie gerade so über die Runden. Man lebt spartanisch und wüsste nicht, wo noch zu sparen wäre. Die letzte »Riesenabrechnung« wegen Heizkosten war kaum bezahlbar. Aktuell werden die »meisten Räume« auf 17, maximal auf 19 Grad beheizt: »Jetzt frage ich mich, wo ich bei einer 80 Quadratmeter Wohnung noch mehr sparen soll.« Werner sieht sich der Teuerung geradezu ohnmächtig aus-

geliefert: »Also ich bin der Meinung, ich habe bei vielem gar keinen Einfluss mehr, weil das durch unsere Regierung verkehrt gelenkt ist, zu viel Geld, verschwendet wird«. Den Verteilungskonflikt beschreibt er so: »Also ich bin aber der Meinung, Deutschland tut viel Geld ins Ausland transferieren für irgendwelche Projekte, die wir unterstützen. Und dann wundern wir uns zehn Jahre später, warum die Straße schlecht ist und warum wir dafür kein Geld haben, zum Beispiel«. Der zitierte Arbeiter »war schon immer in der Mitte der Gesellschaft unterwegs«. Politische Extreme lehnt er ab und wählt deshalb – die AfD. Er hält die Partei für demokratisch; »faschistisch« sind für ihn andere: »Na die Linke jetzt zum Beispiel. Ja, das sind für mich Faschisten. Man hört dann immer viel: Der linke Mob war wieder unterwegs und die haben sich gekloppt oder brennen irgendwelche Autos nieder. Ich habe noch nie von der AfD gehört, dass die Autos angezündet haben.«

Verrat an den eigenen Interessen?

Ist Werner ein Arbeiter, der gegen seine eigenen Interessen handelt, wie etwa Günter Frankenberg und Wilhelm Heitmeyer vermuten?⁵ Das träfe nur zu, wenn den Betreffenden bewusst wäre, was ihre Klasseninteressen ausmacht. Das ist aber nicht der Fall. Interessen sind widersprüchlich, sie unterscheiden sich nach langem und kurzem Zeithorizont. Deshalb sind sie interpretierbar. Wie sie definiert werden, hängt von gängigen Deutungsmustern und oft genug von etwas Vorrationalem ab, von einem, wie Antonio Gramsci ihn nennt, »Glauben«, der die Gefühle und Gedanken beherrscht. Eine Philosophie, die zur Tat anspornen, könne in den Massen »nur als Glaube gelebt werden.«⁶ Das zeigt sich auch bei Werner. Wie im Falle anderer befragter Arbeiter*innen, die zur AfD tendieren, sind es drei Glaubensformen, die für die emotionale Kohärenz seines durchaus widersprüchlichen Weltbildes sorgen. Erstens glaubt er an den

VSA: Zentrale Themen auch im neuen Jahr



Laura Bremert/Markus Hoppe/
Bettina-Johanna Krings/
Werner Schmidt (Hrsg.)
Der Betrieb als sozialer Ort im Umbruch
Kollegialität und Solidarität trotz Homeoffice, New Work und Agilität?
Band 3 der Schriftenreihe
Input Consulting
184 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-96488-247-9



Rolf Rosenbrock
Selbstgestaltung und soziale Arbeit
Erkenntnisse und Positionen zur Wohlfahrtspflege: gegen Armut und Opferschelte
152 Seiten | € 14,80
ISBN 978-3-96488-260-8
Wachsende Armut ist ein zentrales Thema der Verbände der Wohlfahrtspflege. Was hat deren Arbeit gebracht?



Gine Elsner
Was wir von Corona lernen könnten
Über die Entstehung, Eindämmung und den politischen Umgang mit einer Pandemie
176 Seiten | € 14,80
ISBN 978-3-96488-256-1
Was genau ist außer der Bereicherung durch Maskendeals schiefgelaufen?



Ulrike Eifler (Hrsg.)
Gewerkschaften in der Zeitenwende
Was tun gegen Umverteilung nach oben, massive Angriffe auf den Sozialstaat, die Militarisierung des Alltags und den Rüstungswahnsinn?
144 Seiten | € 12,80
ISBN 978-3-96488-251-6



Klaus Weber
Kampfbblatt des autoritären Liberalismus
Die Frankfurter Allgemeine als Wegbereiterin von »Kriegstüchtigkeit«
144 Seiten | € 14,80
ISBN 978-3-96488-258-5
Klaus Weber hat sich das Leib- und Magenblatt der »geistige Elite« des Landes näher angeschaut.

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

www.vsa-verlag.de

Markt und denkt betriebswirtschaftlich. Wie viele seiner Kolleg*innen betrachtet er die Marktwirtschaft als harten Konkurrenzkampf, der Anpassung unausweichlich macht. Deshalb sind die Gewerkschaften in seiner Wahrnehmung mitschuldig an der akuten Wirtschaftskrise: »Ich bin selbst nicht in der Gewerkschaft, weil das ja auch meiner Meinung nach ein Problem ist, die Gewerkschaft, [ein Grund] warum es uns jetzt aktuell so schlecht geht. Ich habe damals, wo ich ausgelernt habe, nur 13 € verdient. Dann habe ich gewechselt, mich hier hochgearbeitet, angefangen habe ich mit 14,20 €, jetzt bin ich bei 20 €. Jetzt fordern die Gewerkschaften immer mehr Lohn, dann soll ja auch der Mindestlohn steigen. Jetzt [kommen sich] die, die sich jetzt richtig hochgearbeitet haben, ja immer mehr verarscht vor, weil der Lohn kann nicht mehr steigen.«

Der Markt als Sachzwang lässt aus dieser Sicht heraus einzig den – kleinen – Aufstieg durch Leistung zu. Setzt marktregulierende Interessenpolitik etwa mit Hilfe eines steigenden Mindestlohns das Leistungsprinzip außer Kraft, erzeugt sie Ungerechtigkeit und schadet der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Nach diesem Deutungsmuster handelt Werner völlig konsequent, wenn er als früherer CDU-Wähler nun für die AfD stimmt. Verrat an den eigenen Interessen wäre es demnach, wenn er Gewerkschaftsforderungen nach immer höheren Löhnen unterstützen würde. Den Hinweis auf etwaige Ungereimtheiten im Programm der AfD kontert er mit dem Hinweis, dass man niemals mit allem übereinstimmen könne, was in Parteiprogrammen stehe: »Ich habe auch mal CDU gewählt, da habe ich auch einige Punkte im Heft gesehen, mit denen ich überhaupt nicht übereinstimme, trotzdem hat man die Partei gewählt«. Wahlmotive sind eben niemals völlig rational; sie beruhen stets auf Abwägungen, Kompromissen und der Abspaltungen störender Einflüsse, die das dominante Motiv infrage stellen könnten.

Klassenlage, Welt- und Gesellschaftsbilder

Gleiche Klassenlagen können also in höchst unterschiedliche, ja politisch geradezu antagonistische Welt- und Gesellschaftsbilder übersetzt werden. Arbeits- und Klassenerfahrungen werden über subjektive Relevanzsysteme wahrgenommen, interpretiert und, wie Antonio Gramsci das nennt, in konkrete ethisch-politische Tätigkeit übersetzt. Bei AfD-nahen Arbeiter*innen findet sich eine Weltsicht, der zufolge jede und jeder seines Glückes Schmied ist. Mehr als drei Jahrzehnte marktradikale Indoktrinierung haben ihre Spuren hinterlassen, sie haben Subjekte formiert und deren Weltsichten geprägt.

Insofern werden die präsentierten Deutungsmuster radikal rechter Lohnabhängiger tatsächlich in der Mitte des politischen Systems produziert. Sie beinhalten ein rein negatives Freiheitsverständnis, das unter Freiheit nahezu ausschließlich Befreiung von – politisch verantwortetem – äußeren Zwang versteht. Drei Glaubensformen verleihen dieser Weltsicht Kohärenz: Der Glaube, dass Verteilungskämpfe nicht mehr zwischen oben und unten, sondern zwischen Innen und Außen ausgetragen werden. Zwischen jenen, die Leistung bringen und in die Sozialkassen einzahlen, und den anderen, die dies nicht tun, aber dennoch Ansprüche auf das Volksvermögen anmelden. Hinzu tritt, bei unseren Befragten allerdings deutlich nachgeordnet, der Glaube, Zuwanderung vor allem aus islamischen Kulturkreisen sei ein Problem öffentlicher Sicherheit; eine Auffassung, die jedoch für migrantische Kolleg*innen aus dem betrieblichen Arbeitsumfeld zumeist nicht gelten soll. Als ein dritter Glaube beginnt sich zu verfestigen, dass »grüne Politik« und sozial-ökologischer Umbau dazu führen oder gar bezwecken, die arbeitende Bevölkerung ärmer zu machen. Die nationalistische Umdeutung von Verteilungskämpfen, in denen sich der Wunsch nach Stuserhalt oder -verbesserung artikuliert, ist das subjektiv hervorsteckende Motiv, das sich mit Verunsicherung paart, wie sie etwa durch die Infragestellung patriarchaler Geschlechterordnungen hervorgerufen werden.

Emanzipation und Transformation

Lassen sich diese Glaubensformen destruktuieren und von links beeinflussen? Arbeiter*innen wie der eingangs vorgestellte Betriebsratsvorsitzende liefern Hinweise. Für Wolfgang steht außer Frage, dass wir in einer Klassengesellschaft leben. Ausbeutung definiert er eingängig als »Profit vor Mensch«. Und er liefert Hinweise darauf, wie er zu einer solchen Weltsicht gekommen ist: »Durch die Gewerkschaft halt. Klassengesellschaft, das ist mir klar. Es hat auch was mit Geld zu tun. Wer mehr Geld hat, hat bessere Voraussetzungen. Es geht mit der Bildung los, mit Chancen, die man selber hat, im Geschäftsleben oder überhaupt im Leben.«

Gewerkschaftliches Engagement, politische Bildung und die Erfahrung, etwa mit der Betriebsratsgründung jenen Ohnmachtzirkel zu durchbrechen, der betriebswirtschaftlich denkende Arbeiter*innen gefangen hält, haben maßgeblich zur Aneignung einer Weltsicht beigetragen, die Transformation mit Emanzipation verbindet. Im Unterschied zu seinen AfD-nahen Kolleg*innen hält Wolfgang den Klimawandel für eine ernste Bedrohung, die politisch angegangen werden muss. Die Wende hin zu batterieelektrischen Fahrzeugen ist nach seiner Auffassung vernünftig, und außerhalb des Betriebs arbeitet er in Bündnissen mit, die sich dem Rechtsruck widersetzen. Wie lassen sich solche Haltungen politisch stützen?

Exkurs: Faschisierung?

Zunächst ist analytische Klarheit wichtig. Deshalb sei an dieser Stelle ein knapper Theoriediskurs gestattet. Im Umfeld der Linkspartei hat sich eine Begriffswahl etabliert, die den gesellschaftlichen Rechtsruck als »Faschisierung« bezeichnet. Ich kann mit diesem

⁵ Vgl. dazu: Frankenberg, Günter/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Autoritäre Treiber eines Systemwechsels. Zur Destabilisierung von Institutionen durch die AfD. Frankfurt am Main: Campus

⁶ Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte, Band 6. Heft 10 und 11. Hamburg: Argument, S. 1389.

Begriff wenig anfangen. Faschisierung bezeichnet das »Changieren zwischen einem Gerade-Noch demokratischer Regelung und dem Noch-Nicht faschistischer Politik«. ⁷ Diesen Begriff auf aktuelle Entwicklungen anzuwenden, halte ich aus drei Gründen für problematisch. Erstens impliziert Faschisierung, dass bereits feststeht, was Faschismus im 21. Jahrhundert bedeutet. Ernst Bloch, auf den sich der Begriff zurückführen lässt, hatte den historischen Faschismus vor Augen. Doch auf welche Art von Herrschaft läuft der Autoritarismus des 21. Jahrhunderts hinaus? Zwar hege ich keine Zweifel daran, dass Faschismus in demokratisch verfassten Kapitalismen jederzeit wieder entstehen kann. ⁸ Und tatsächlich weisen die hypernationalistischen Formationen der Gegenwart mancherlei Ähnlichkeiten mit dem historischen Faschismus auf. Nimmt man Roger Griffins Definition, so ist Faschismus »eine Gattung der politischen Ideologie, deren mythischer Kern in seinen diversen Varianten eine paligenetische Form von populistischem Ultranationalismus ist«. ⁹ Der faschistische Kernmythos besagt, dass das »organische ›Volk«, welches eine ›Ultra-Nation« bildet, sich in einer Krise befindet und von einem gegenwärtigen Zustand der Auflösung und Dekadenz errettet werden muss, und zwar in seiner ersten Phase durch eine Avantgarde, die sich aus denen zusammensetzt, die sich der gegenwärtigen Kräfte, die sie bedrohen, bewusst sind und bereits sind, diese Kräfte zu bekämpfen.« ¹⁰

Doch mit solchen Minimaldefinitionen ist noch nicht viel gewonnen. Aller historischen Parallelen zum Trotz werden Staaten wie die USA oder Italien zwar von Hypernationalist*innen unterschiedlicher Couleur regiert, doch trotz Meloni und Trump handelt es sich noch nicht um faschistische Staaten. Trump mag für seine brutale Abschiebepolitik ICE einsetzen und die Staatsgewalt gegen die demokratische Zivilgesellschaft in Stellung bringen, aber so lange die demokratische Opposition agieren und zu Wahlen antreten kann, sind die USA nicht faschistisch. Damit fehlt ein klar identifizierbarer Zielpunkt, auf den eine Faschisierung hinauslaufen könnte. Das ist ein Schwachpunkt aller Faschisie-

rungsdiagnosen, die es nach 1945 immer wieder gegeben hat.

Deshalb ist Vorsicht bei der Begriffswahl geboten. Das gilt auch für Herrschaftsprojekte, die – so gängige Auffassungen innerhalb der Linken – angeblich eine Faschisierung vorantreiben. Tatsächlich läuft beispielsweise das harte Migrationsregime der EU mit »Abschiebezentren« außerhalb der EU auf einen »Exodus der Humanität« (Patzelt) hinaus. Es ist grausam und bedeutet Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten, die sich bestätigt sehen. Aber es wird keineswegs nur von faschistischen Formationen betrieben. Nicht jede Diktatur ist eine faschistische, und nicht jedes reaktionäre Herrschaftsprojekt läuft in der Konsequenz notwendig auf eine faschistische Diktatur hinaus.

Dies festzustellen, heißt keineswegs, Haarspaltereie zu betreiben. Wer den Faschismus bekämpfen will, muss letztendlich auch den Kapitalismus in Frage stellen. Wenn dieser Kampf erfolgreich sein soll, darf die Systemtransformation, das Infragestellen aller Herrschaftsverhältnisse, die Menschen unmündig machen und knechten, aber nicht zur allumfassenden Vorbedingung antifaschistischer Politik gemacht werden. Sofern dies geschieht, wird verändernde Politik häufig durch bloße Ideologiekritik ersetzt. Am Glauben, dem rechtsaffine Arbeiter*innen anhängen, wird diese Kritik nicht das Geringste ändern, denn Kritiker*innen, die sich im alleinigen Besitz der Wahrheit wähnen, bleiben gerne unter sich.

Vier Vorschläge

Wie und wo lässt sich stattdessen ansetzen? Ich beschränke mich auf vier Vorschläge, die ein gemeinsamer Grundgedanke verbindet. Die Auseinandersetzung mit denen in der Arbeiterschaft, die zur extremen Rechten tendieren, muss anhand von strategischen Konzepten, auf Feldern und anhand von Begriffen erfolgen, die, statt immer weiter zu polarisieren, Gemeinsames benennen und deshalb in der Perspektive mehrheitsfähig sind. Ich nenne exemplarisch Außenseiterstolz, Gesprächsfähigkeit, *living costs* und Heimatverbundenheit als Ansatzpunkte.

Außenseiterstolz

Arbeiter*innen wie Wolfgang und Werner teilen ein gemeinsames Empfinden. Sie fühlen sich unsichtbar gemacht und entehrt. Für Wolfgang steht fest, dass »die Arbeiter gar nicht mehr repräsentiert werden«. Werner sieht sich als »der stumme Arbeiter«, der im Betrieb wie in der Gesellschaft »nicht eingebunden« wird. Ausschluss und Abwertung empfinden befragte Arbeiter*innen als Ehrverlust, den sie mit dem Stolz von Außenseiter*innen beantworten. Stolz bildet die »emotionale ›Haut des Selbst«; er »signalisiert, wann unsere Identität sicher ist, akzeptiert und bewundert wird und wann wir Gefahr laufen, Zurückweisung zu erfahren«. ¹¹ Anders als Arlie Hochschild argumentiert, werden die von uns Befragten aber nicht von Scham getrieben. Sie wissen, was sie können und vertrauen ihren Fähigkeiten. Das empfundene Missverhältnis von Leistungen im Betrieb und für die Allgemeinheit einerseits und gesellschaftlicher Ignoranz andererseits erleben sie als Kränkung. Dieses geteilte Empfinden ist von rechts zu politisieren, lässt sich aber auch in linke Haltungen übersetzen, sofern dem Außenseiterstolz mit authentischer symbolisch-politischer Aufwertung des Arbeiterstatus entsprochen wird. ¹²

Gesprächsfähigkeit

Auch wenn progressive Arbeiter*innen wie Wolfgang die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten auf Betriebsversammlungen scheuen, gehen sie ihr im persönlichen Gespräch nicht aus dem Weg. Entscheidend ist, dass die Diskussion auf Augenhöhe stattfindet. Man muss die Person gegenüber als Subjekt ernst nehmen, darf ihr kein fertiges Weltbild überstülpen, hat sich manches anzuhören, was einem nicht gefällt. Dann wird eine rationale Auseinandersetzung möglich. Dabei stellt sich rasch heraus, dass Arbeiter*innen, die AfD wählen, durchaus zu argumentieren wissen. In Sachen E-Mobilität fühlen sie sich beispielsweise als die eigentlichen Expert*innen. Sie pochen auf ihr Fachwissen, das nach ihrer Wahrnehmung bei den »Entscheidern oben« nicht gefragt ist. Hier lässt sich anknüpfen. Haustürwahlkämpfe, wie sie nicht

nur viele Anhänger der Linkspartei, sondern auch die Unterstützer*innen Zohan Mamdanis in New York geradezu hunderttausendfach geführt haben, sind die Eröffnung solcher Gesprächssituationen. Gespräche lassen sich aber nur erfolgreich führen, wenn sie fachlich fundiert sind. Deshalb verwundert es nicht, dass progressiven Arbeiter*innen, nach Unterstützung gefragt, Faktenwissen, politische Bildung und Aufklärung über komplexe Zusammenhänge anmahnen.

Living Costs

Gespräche an der Haustür, im Büro oder dem Betrieb lassen sich mit Empfehlungen für eine Politik verbinden, den die Democratic Socialists in den USA als *Living-Cost-Ansatz* bezeichnen. Gemeint ist damit die Absicherung von Grundbedürfnissen wie Ernährung, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Mobilität. Ansatzpunkte sind etwa Löhne zum Leben und bezahlbare Mieten oder auch Preiskontrollen. Mit einem Living-Cost-Ansatz hat Zohan Mamdani in New York die Wahlen gewonnen – gegen die veröffentlichte Meinung und Gegenstimmen aus der eigenen Demokratischen Partei. Davon lässt sich lernen, denn es gibt bei Mieten, Bildung, Pflege und Sorgearbeiten, Mobilität usw. einiges, was politisch in Angriff zu nehmen ist. Die Linke hat das mit ihrer Schwerpunktsetzung auf Mieten ansatzweise erfolgreich praktiziert. Ohne Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums wird sich ein solcher Ansatz aber kaum finanzieren lassen. Eine Reichensteuer, wie sie Gabriel Zucman vorgeschlagen hat, bietet eine Perspektive, mit deren Hilfe sich das betriebswirtschaftliche Deutungsmuster hinterfragen lässt. Die von ihm vorgeschlagene Mindeststeuer für Milliardäre ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine der Demokratie, denn wenn »man von den Ultrareichen nicht verlangt, alljährlich einen Mindestbeitrag zu den Steuern zu leisten«, wird nicht nur ihr Vermögen, sondern auch ihre gesellschaftliche und politische Macht immer weiter zunehmen.¹³ Eine Reichensteuer von etwa 2% auf 100 Millionen Euro, die jährlich einen zweistelligen Milliardenbetrag in die Kassen spülte, würde die Wirtschaft keineswegs schädigen.

Im Gegenteil, es ließen sich Voraussetzungen schaffen, um Kommunen Investitionen in die soziale Infrastruktur und den sozial-ökologischen Umbau zu ermöglichen.

Heimatverbundenheit

Um eine Verständigung über solche Vorschläge zu ermöglichen, lässt sich an Erfahrungen anknüpfen, deren bloße Benennung bei manchem/mancher radikalen Linken Schüttelfrost auslösen dürfte. Gemeint ist der Heimatbegriff. In einer politisch tief gespaltenen Gesellschaft gibt es tatsächlich Erfahrungen, die verbinden. Gleich ob links oder rechts, so der überraschende Befund in unseren empirischen Forschungen, alle lieben ihre Heimat. Ein engagierter linker Gewerkschafter aus dem Erzgebirge formuliert das so: »Der Heimatgedanke spielt für uns eine große Rolle. Wir sind im Erzgebirge, da sind wir immer heimatverbunden, wir sind klassische ›Heimscheisser‹, wie man bei uns sagt, wir gehen eher notdürftig weg und wir erleben, dass man, wenn man älter wird, auch gern wieder in seine Heimat zurückgeht.« Dahinter verbirgt sich oftmals die Sehnsucht nach authentischen, nicht entfremdeten Sozialbeziehungen. Deshalb sollten wir den Heimatbegriff nicht der extremen Rechten überlassen, sondern bedenken, was Kurt Tucholsky schon in den Jahren der Weimarer Republik formulierte: »Ja, wir lieben dieses Land. Und nun will ich euch mal etwas sagen: Es ist ja nicht wahr, dass jene, die sich ›national‹ nennen und nichts sind als bürgerlich-militaristisch, dieses Land und seine Sprache für sich gepachtet haben [...] Die reißen den Mund auf und rufen: ›Im Namen Deutschlands ... !‹ Sie rufen: ›Wir lieben dieses Land, nur wir lieben es.‹ Es ist nicht wahr. Im Patriotismus lassen wir uns von jedem übertreffen – wir fühlen international. In der Heimatliebe von niemand – nicht einmal von jenen, auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist. Unser ist es.«¹⁴ Es gibt also keinen Grund, Heimatliebe der extremen Rechten zu überlassen.

Mit Ernst Bloch lässt sich hinzufügen: »Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende

Mensch. Hat er sich erfaßt und das seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in der Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.«¹⁵ Ernst Bloch hat recht. Heimat ist ein Sehnsuchtsort, den es noch nicht gibt. Es geht bei ihm in erster Linie um die Menschen, erst in zweiter Linie um die heimische Natur, auf die sich die extreme Rechte gern be ruft. Der Rechten lässt sich entgegenhalten, dass diese Natur – vom Bodensee, über den Thüringer Wald bis hin zur Nord- und Ostsee – nur zu bewahren ist oder wiederhergestellt werden kann, wenn soziale Ungleichheit, Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen hinterfragt werden. Nur wenn sich die Gesellschaft radikal zum Besseren verändert, kann bleiben, was Linke und Rechte an ihrer Heimat lieben.

Von einer Hegemonie transformierenden Bewusstseins, für das Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu einem legitimen Glauben geworden ist, sind wir, zumal in der Arbeiterschaft, einstweilen weit entfernt. Wir können aber daran arbeiten, der Vision näher zu kommen. Demokratisches Voten und demokratisches Engagement bei den bevorstehenden Betriebsrats-, Kommunal- und Landtagswahlen sind dafür ein kleiner, aber doch unentbehrlicher Schritt.

⁷ Weber, Klaus (1999): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 4, S. 142-146, hier: S. 146.

⁸ Paxton, Robert O. (2004): Anatomie des Faschismus. Die politische Gefahr des Faschismus ist keineswegs überwunden. Auf einer ersten Stufe existiert er auch heute in allen größeren Demokratien. München: DVA.

⁹ Griffin, Roger (2020): Faschismus. Eine Einführung in die vergleichende Faschismusforschung. Stuttgart, S. 82.

¹⁰ Ebd., S. 83.

¹¹ Hochschild, Arlie (2025): Geraubter Stolz. Verlust, Scham und der Aufstieg der Rechten. Hamburg: Hamburger Edition, S. 35.

¹² »Arbeiterin und stolz darauf!« ist ein Motiv von Frauen der österreichischen Produktionsgewerkschaft, der das sehr gut zum Ausdruck bringt.

¹³ Zucman, Gabriel (2026): Reichensteuer. Aber richtig. Berlin: Suhrkamp, S. 5.

¹⁴ Tucholsky, Kurt (1929): Deutschland, Deutschland über alles. Ein Bilderbuch von Kurt Tucholsky und vielen Fotografen. Montiert von John Heartfield. Universum Bücherei für alle, Berlin (Erstausgabe).

¹⁵ Bloch, Ernst (1985): Das Prinzip Hoffnung. Kapitel 43-55. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 1628.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

